



Open Access Repository

www.ssoar.info

Faszinosum Fridays for Future

Rucht, Dieter

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rucht, D. (2019). Faszinosum Fridays for Future. *Aus Politik und Zeitgeschichte : Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, 69(47/48), 4-9. <http://hdl.handle.net/10419/207025>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Rucht, Dieter

Article — Published Version

Faszinosum Fridays for Future

Aus Politik und Zeitgeschichte

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rucht, Dieter (2019) : Faszinosum Fridays for Future, Aus Politik und Zeitgeschichte, ISSN 2194-3621, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Vol. 69, Iss. 47/48, pp. 4-9,
<http://www.bpb.de/apuz/300410/faszinosum-fridays-for-future>

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/207025>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>

FASZINOSUM FRIDAYS FOR FUTURE

Dieter Rucht

Seit ihren ersten größeren Demonstrationen – in Deutschland ab Januar 2019 – erfährt die klimapolitische Bewegung Fridays for Future (FFF) nicht nur eine außergewöhnliche Beachtung, sondern auch eine überwiegend positive Resonanz. Ein Schlüssel zum Verständnis der Dynamik dieser Bewegung liegt in der Analyse ihrer Wechselbeziehung mit den Medien. Diesem Aspekt widmet sich der erste Teil des vorliegenden Beitrags. Im zweiten Teil wird vor dem Hintergrund der verbreiteten Annahme, es handle sich um eine „neuartige Bewegung“, FFF in seinen generellen Merkmalen wie auch seinen Besonderheiten vorgestellt. Drittens soll im Lichte von Stilisierungen sowohl der Massenmedien als auch in den Selbstportraits der Bewegung aufgezeigt werden, vor welchen Herausforderungen sie steht.

FFF UND DIE MASSEN MEDIEN

Das Verhältnis von sozialen Bewegungen und Medien ist verallgemeinernd als Symbiose beschrieben worden.⁰¹ Diese Charakterisierung trifft jedoch selten zu, sind doch Bewegungen, sofern sie um breite Unterstützung werben, auch im digitalen Zeitalter auf Präsenz in etablierten Massenmedien angewiesen, diese hingegen vom Auftritt sozialer Bewegungen nicht existenziell abhängig. Allerdings sind Konflikte Teil des Katalogs medialer Nachrichtenwerte.⁰² Davon profitieren Protestbewegungen, die teilweise öffentliche Auftritte mediengerecht inszenieren, um Sichtbarkeit zu erlangen. Das gilt in besonderem Maße, wenn weithin anerkannte Verhaltensregeln verletzt werden oder es gar zur Anwendung von Gewalt kommt. Jedoch wird Protestgewalt von allen etablierten Medien und auch der großen Mehrheit der Bevölkerung scharf verurteilt, was einer breiteren Mobilisierung abträglich ist. Hierbei zeigen sich jedoch Unterschiede im Hinblick auf national geprägte Konfliktkulturen. So herrscht etwa in Frankreich, verglichen mit Deutschland oder skandinavischen Ländern, eine deutlich größere Toleranz gegenüber Protestgewalt.

Die typische Verknüpfung von hoher Sichtbarkeit und schroffer Ablehnung in Reaktion auf Protestgewalt gilt in schwächerem Maße auch für kollektiven zivilen Ungehorsam, der einen strikt gewaltfreien Regel- beziehungsweise Gesetzesbruch umfasst und an weitere Voraussetzungen gebunden ist. Nicht unbeeinflusst von Inhalten, Trägern, Zahl der Beteiligten und dem Verhalten der Ordnungskräfte verspricht ziviler Ungehorsam mediale Aufmerksamkeit, kann aber, im Unterschied zur Protestgewalt, bei Teilen der etablierten Medien wie auch in der Bevölkerung durchaus Verständnis oder gar ausdrückliche Billigung finden. Beispielhaft dafür stehen in Deutschland Sitzblockaden gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der ersten Hälfte der 1980er Jahre sowie die Platzbesetzungen in Wyhl 1975 und im Hambacher Forst 2018. Wie kontextabhängig im Unterschied zu brachialer Protestgewalt der Umgang mit zivilem Ungehorsam ausfällt, illustriert ein Vergleich zweier Aktionen: Die kurzzeitige Blockade einer Rheinbrücke im März 1994 durch in Deutschland lebende Kurden wurde fast einhellig verurteilt. Dagegen gab es viel Verständnis für die Blockade des Brenner-Passes an der österreichisch-italienischen Grenze durch rund 4000 Lastwagenfahrer im Februar 1984.

Im Vergleich zu zivilem Ungehorsam wie auch gewaltförmigem Handeln ist regelkonformen Protesten mediale Aufmerksamkeit keineswegs garantiert. Es bedarf dann einer relativ großen Zahl von Protestierenden, der Unterstützung durch Prominente oder einer spektakulären Aktionsform, um eine Berichterstattung auszulösen. Vor diesem Hintergrund ist die enorme und bis dato anhaltende mediale Aufmerksamkeit auch für kleinere Aktionen von FFF nicht selbstverständlich. Diese Reaktion ist nur durch die Kombination einer Reihe von Faktoren zu erklären. Dazu gehören der Aktionsimpuls der zugleich kindlich wie entschlossen wirkenden Greta Thunberg, die Prägung der Proteste durch sehr junge und teilweise gut informierte Schüler:innen, die heiß debattierte Regelverletzung in Form des

„Schulstreiks“, die kritischen Attacken vonseiten einzelner Presseorgane und Politiker:innen im Kontrast zu der breiten medialen und politischen Unterstützung unter Einschluss von eigens gebildeten Gruppierungen wie Parents for Future.

Neben diesen eher an Oberflächen angesiedelten Faktoren sorgen auch einige teils strukturelle Gründe für die sich anbietende Mediatisierung von FFF. Zu nennen ist die objektive Dringlichkeit der seit gut drei Jahrzehnten zunächst primär wissenschaftsintern, dann auch öffentlich debattierten „Klimakrise“ als einer „Menschheitsherausforderung“ (Angela Merkel), die Erkenntnis, dass eine Reihe von Ländern, darunter auch Deutschland, ihre klimapolitischen Zwischenziele nicht einhalten wird, die Problematisierung und Politisierung der Umwelt- und Klimafrage durch die beharrliche Vorarbeit von Umweltverbänden, die offensiven Aktionen von Gruppen wie Ende Gelände gegen den weiteren Abbau von Braunkohle, die Einsetzung der sogenannten Kohlekommission und die Ankündigung konkreter klimapolitischer Weichenstellungen seitens der Bundesregierung. Hinzugekommen ist die Erfahrung von klimabedingten Extremwetterlagen mit Stürmen, Hochwasser und Trockenheit. All dies machte die Klimafrage zu einem Großthema.

Ohne dieses Faktorenbündel wäre die mediale Präsenz von FFF und die damit eng zusammenhängende Massenmobilisierung weitaus schwächer ausgefallen und hätte auch durch die ungefilterte Online-Kommunikation der Bewegung nicht kompensiert werden können. Die Stärke der Online-Medien und der darauf basierenden sozialen Netze liegt primär in der Kommunikation und Mobilisierung einer bereits sensibilisierten und motivierten Anhängerschaft. Neue, bis dato auf Distanz gebliebene soziale Kreise werden dagegen in erster Linie durch die online wie offline präsenten etablierten Medien und durch persönliche Gespräche informiert und mobilisiert. Dies zeigt auch eine Befragung von Teilnehmer:innen an FFF-Protesten.⁰³

01 Vgl. Gadi Wolfsfeld, *Symbiosis of Press and Protest*, in: *Journalism Quarterly* 3/1984, S. 550–555.

02 Vgl. Michaela Maier/Karin Stengel/Joachim Marschall, *Nachrichtenwerttheorie*, Baden-Baden 2010.

03 Vgl. Moritz Sommer et al., *Fridays for Future. Profil, Entstehung und Perspektiven der Protestbewegung in Deutschland*, Institut für Protest- und Bewegungsforschung, ipb Working Paper 2/2019, <https://protestinstitut.eu/ein-jahr-fridays-for-future-studie>.

Wenngleich die etablierten Medien fast ausnahmslos in relativ großer Breite und Dichte über FFF berichteten, so weisen sie doch in ihrer Fokussierung und besonders in ihren Bewertungen markante Unterschiede auf. Hier zeigt sich erneut ein Grundmuster, das bereits in der Berichterstattung über andere linke beziehungsweise „progressive“ Bewegungen zutage getreten ist:⁰⁴ Organe mit konservativer und/oder wirtschaftsfreundlicher redaktioneller Leitlinie beziehen gegenüber FFF eine eher kritisch-distanzierte, in einigen Fällen auch entschieden ablehnende Position. Sie verweisen auf die politische Unbedarftigkeit der Demonstrierenden, deren Ahnungslosigkeit im Hinblick auf Regeln und Zwänge des politischen Betriebs, die Fixierung auf ein einzelnes Politikfeld, den moralischen Rigorismus, die Katastrophenrhetorik, die Selbsterhöhung als Retter:innen der Menschheit, die Instrumentalisierung der Bewegung durch externe Kräfte, die Gefahr einer schleichenden Radikalisierung und so weiter. Im linken und politisch liberalen Pressespektrum fällt die auf FFF bezogene Berichterstattung und Kommentierung neutraler oder ausgesprochen wohlwollend aus. FFF findet hier viel Verständnis, teilweise auch explizite Zustimmung. Andere Medien, darunter auch einige Regionalblätter, stellen positive wie kritische Kommentare nebeneinander. Auch „Der Spiegel“ offenbart insgesamt eine eher ambivalente Haltung. Viele Medien bieten Vertreter:innen von FFF Raum für Kommentare oder Interviews, wobei bei überregionalen Medien meist ein enger Personenkreis, in Deutschland bevorzugt Luisa Neubauer, als das „Gesicht der Bewegung“ oder „deutsche Greta“ zum Zuge kommt. Die öffentlich-rechtlichen Kanäle von ARD und ZDF bleiben in ihrer Kommentierung meist zurückhaltender als die Printmedien, aber auch sie schenken FFF ungewöhnlich viel Aufmerksamkeit. Die Mehrzahl der Medien hielt sogar ein Nicht-Ereignis, die ausgebliebene Seekrankheit Thunbergs auf ihrer Bootsreise zur UN-Klimakonferenz in New York, für berichtenswert.

Auffällig ist die große Konvergenz bei der Bildauswahl. Gezeigt werden vornehmlich die ganz jungen Demonstrierenden mit selbst gebas-

04 Vgl. ders./Simon Teune, *Die Demonstrationen gegen den G20-Gipfel in Hamburg 2017 im Spiegel der Medienöffentlichkeit*, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 2/2019, S. 149–162; Dieter Rucht/Simon Teune, *Die G8-Proteste im Spiegel der Presse*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 3/2007, S. 104–114.

telten Schildern und individuellen Sprüchen; gezeigt wird häufig auch eine Menschenmasse, die in starkem Kontrast zu den düsteren Szenarien einer möglichen Klimakatastrophe den Eindruck von Zuversicht vermittelt. Wird in der bewegungssoziologischen Literatur zuweilen die Kombination eines zugleich anziehenden und bedrohlichen Erscheinungsbilds als besonders wirksam beschrieben,⁰⁵ so ist im Falle von FFF die Drohkomponente völlig abwesend. In öffentlichen Stellungnahmen und Interviews kontrastiert die Beschworung einer drohenden Katastrophe und die Zuschreibung der eigenen Rolle als Weltenretter:innen auffällig mit den disziplinierten Medienauftritten der meisten Protagonist:innen von FFF und der äußerst bescheiden anmutenden Kernforderung, es müssten die verbrieften Zusagen des Pariser Klimaabkommens eingehalten werden, wofür unter anderem der Flugverkehr zu reduzieren und der für 2038 angesetzte finale Ausstieg aus der Braunkohle um acht Jahre vorzuverlegen sei. Forderungen nach einem grundlegenden Systemwechsel tauchen allenfalls als pauschale Kritik am Wachstumsfetischismus auf, aber werden nicht mit dem Ruf nach rigorosen Eingriffen in Marktmechanismen oder gar antikapitalistischen Positionen verbunden. In Entsprechung dazu steht auch die Zurückhaltung gegenüber offensiveren Aktionen in Form zivilen Ungehorsams, wie sie von Gruppierungen wie Ende Gelände, Extinction Rebellion und Sand im Getriebe praktiziert werden. FFF enthält somit ein für die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit attraktives Angebot in seiner Mischung aus jugendlicher Frische und Fröhlichkeit, der Heroisierung von Idolen, der frechen Renitenz des Schulstreiks, dem Schauer der Katastrophenheterik und der damit kontrastierenden Mäßigung von Forderungen und Aktionsformen.

Im Großen und Ganzen entspricht das bewegungsseitige Angebot in hohem Maße der medialen Nachfrage. Beide Seiten sind an einer Wechselbeziehung interessiert, sie profitieren davon und tätigen entsprechende Investitionen. Auch der Sachverhalt, dass einzelne Journalist:innen sich vehement gegen den medialen Mainstream stellen und Greta Thunberg scharf attackieren, ist mit der Medienlogik völlig kompatibel, kann man doch individuelle Sichtbarkeit erlangen, indem man gegen den Strom schwimmt.

Es wäre übertrieben, FFF als Kind der Medien zu bezeichnen. Die Medien haben FFF nicht geschaffen, aber sie waren bis heute ganz wesentlich für das Wachsen und Gedeihen der Bewegung verantwortlich. Diese Quasi-Symbiose konnte allerdings nur aufrechterhalten werden, weil FFF etliche der Fehler vermieden hat, die andere Bewegungen beeinträchtigt oder gar zu Fall gebracht haben.

EINZIGARTIG?

Die Konkurrenz um knappe öffentliche Aufmerksamkeit begünstigt die Neigung, FFF als etwas ganz Neues zu beschreiben und die Bewegung mit Superlativen zu versehen. Die Rede ist dann von der Politisierung einer ganzen Generation oder von einer weltweiten Bewegung. Überhöhte Angaben zur Zahl der Demonstrierenden und die Aufzählung exotisch anmutender Demonstrationsorte („Auch Ugandas Jugend streikt fürs Klima“) verstärken diesen Effekt. Von solchen Signalen können durchaus Sogwirkungen für weitere Mobilisierungen ausgehen, sie können aber auch zu einer verfehlten Messlatte für künftige Proteste werden.

Die Behauptung, mit FFF betrete erstmals eine ganz junge Generation die außerparlamentarische Bühne, ist nicht haltbar. Es ist daran zu erinnern, dass im Kontext der Studentenbewegung in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine Schüler- und Lehrlingsbewegung existierte. Auch die Proteste gegen den Golfkrieg 1991 wurden zumindest in Deutschland überwiegend von Jugendlichen getragen, darunter viele Gymnasiasten. Weiterhin bestand die prodemokratische Protestbewegung in Hongkong 2014, anders als die in ihrer Altersstruktur stärker gemischte derzeitige Massenmobilisierung, vor allem aus sehr jungen Leuten. In den USA trat 2018 eine überwiegend von den Schulen ausgehende jugendliche Protestbewegung auf den Plan, um angesichts tödlicher Amokläufe an Schulen eine restriktive Waffengesetzgebung einzufordern. Aber auch im Lichte dieser Beispiele bleibt festzuhalten, dass die an FFF Beteiligten ein außergewöhnlich niedriges Durchschnittsalter aufweisen.

Die Behauptung, mit FFF ginge praktisch eine ganze Generation auf die Straße, ist angesichts der verfügbaren Zahlen zu bezweifeln.⁰⁶ In

05 Vgl. Ralph H. Turner, *The Public Perception of Protest*, in: *American Sociological Review* 6/1969, S. 815–831.

06 Vgl. Dieter Rucht, *Fridays for Future und die Generationenfrage*, in: *WZB Mitteilungen* 165/2019, S. 6ff.

Deutschland, dem nach absoluten Zahlen wohl mobilisierungstärksten Zweig der internationalen FFF-Bewegung, beteiligten sich nach Angaben der Organisator:innen am ersten Aktionshöhepunkt der Bewegung am 15. März 2019 rund 300000 und am 20. September rund 1,4 Millionen Menschen. Auch wenn diese Angaben übertrieben sein dürften, handelt es sich doch um beeindruckende Größenordnungen. Aber es ist, ganz abgesehen von den älteren Beteiligten, doch nur eine Minderheit der Schüler:innenschaft insgesamt aktiv geworden, die – nach Abzug der Grundschulen – immerhin rund 9,3 Millionen Schüler:innen an allgemeinen und berufsbildenden Schulen umfasst.

Auch ist der Eindruck zurückzuweisen, dass mit FFF erstmals eine relevante klimapolitische Bewegung auf den Plan tritt. Mit FFF hat diese Bewegung eine bislang unerreichte Breite und Stoßkraft erlangt, doch ist ihr Mobilisierungserfolg auch Ergebnis der jahrzehntelangen Kärnerarbeit von umwelt- und klimapolitischen Organisationen, darunter die großen Umweltverbände und spezialisierte Gruppierungen wie Climate Justice Now! und die offensiv gegen die Braunkohleförderung agierende Gruppe Ende Gelände. Nicht zuletzt diese Vorarbeit hat im Verbund mit der international aufgestellten Klimaforschung zu den Beschlüssen der Pariser Klimakonferenz vom Dezember 2015 geführt. Daher ist es auch übertrieben zu behaupten, dass gerade die ganz Jungen sich um die Zukunft des Planeten im Allgemeinen und den Klimaschutz im Besonderen kümmern. Vielmehr werden die Sorgen um die Zukunft altersübergreifend geteilt, wie Befragungen von Protestierenden im Kontext von FFF,⁰⁷ aber auch frühere Mobilisierungen für Umweltschutz sowie für Frieden und Abrüstung zeigen.

Ein Unikum bildet allerdings der Sachverhalt, dass mit Greta Thunberg eine damals 15-Jährige eine Protestlawine internationalen Ausmaßes losstretzen konnte. Im Vergleich dazu war die Ausstrahlung anderer Ikonen eines überwiegend jugendgeprägten Protests weitaus begrenzter. Das gilt für den charismatischen Aktivistin Xiuhtezcatl Martinez, der 2015 mit 15 Jahren einen Auftritt vor der UN-Versammlung in New York hatte und bald als „Star“ der US-amerikanischen Anti-Fracking-Bewegung bezeichnet wurde, wie für Joshua Wong, der 2011 als 14-Jähriger die Hongkonger

Bewegung Scholarism gegen die Einführung des ideologisch gefärbten Schulfachs zur „moralischen und nationalen Erziehung“ mitinitiierte, 2014 zu einem Wortführer der Regenbogenproteste wurde und heute als wichtiger Protagonist der Demokratiebewegung in Hongkong auftritt. Aber selbst bei FFF zündet der Funke nicht überall. Inspiriert durch Thunberg hatte die 13-jährige Alexandria Villaseñor ab Mitte Dezember 2018 freitags vor dem Sitz der Vereinten Nationen in New York für den Klimaschutz protestiert, war aber mit dieser Aktion monatelang allein geblieben.⁰⁸

Die bisherigen Aktionen von FFF in Form der routineförmigen Freitagsproteste sind konventionell; allerdings erhalten sie durch die Deklaration als „Schulstreik“ eine besondere Note. Ein kollektiver „Schulstreik“, so in München im Februar 2010, war in der Vergangenheit ein seltenes Ereignis und zielte auf Missstände im Schul- und Bildungssystem. Die mit FFF einsetzenden freitäglichen Schulstreiks fanden dagegen bundesweit statt, galten nicht dem Bildungssystem und wurden fortlaufend ohne Aussicht auf ein absehbares Ende durchgeführt. Damit sorgten sie vor allem in der Anfangsphase der Bewegung für erheblichen Diskussions- und Zündstoff. Teilweise überschattete die Debatte um die Angemessenheit des „Streiks“ vor dem Hintergrund der in Deutschland geltenden allgemeinen Schulpflicht das Anliegen des Klimaschutzes. Einzelne Lehrer:innen, Schulleiter:innen und Vertreter:innen der Schulbehörden vertraten eine restriktive Linie, forderten Sanktionen und behaupteten, die Lust am Schulschwänzen sei das eigentliche Motiv der Schüler:innen. Substanzieller war allerdings das Argument, die Hinnahme von Schulstreiks – und sei es auch für einen guten Zweck – öffne den Weg für jegliche Art politischer Agitation während der Schulzeit und könne somit auch von extremistischen Gruppen genutzt werden.

Das Gros der direkt oder indirekt Beteiligten, darunter auch die Mehrheit der Elternschaft, vertrat dagegen einen liberalen Kurs. Dieser umfasste den Verzicht auf rigide Kontrollen, die Akzeptanz von „Krankschreibungen“ der Schüler:innen, die an Demonstrationen teilnahmen, zuweilen auch die Legitimation der Teilnahme an Demonstrationen als Teil eines Projektunterrichts. Die protestierenden Schüler:innen entschärften ihrerseits

07 Vgl. Sommer et al. (Anm. 3).

08 Vgl. Dorothea Hahn, Der lange Marsch der Aufgeweckten, in: Die Tageszeitung, 19.9.2019, S. 2.

den auf ihnen lastenden Sanktionsdruck, indem sie an vielen Orten davon absahen, wöchentlich zu demonstrieren oder Demonstrationen zeitlich so ansetzten, dass lediglich zwei oder drei Schulstunden betroffen waren.

Im Vergleich zu Bewegungen, die andere Themen und Anliegen vertreten, sind mit Blick auf FFF in Deutschland mehrere Merkmale hervorzuheben: das niedrige Durchschnittsalter, die Herkunft aus Schichten mit hohem Bildungsniveau, der überproportionale Frauenanteil, die weitgehende Informalität der Organisationsstrukturen, die Präsenz in fast allen Regionen, die Internationalität der Bewegung, die relativ enge, Systemfragen weitgehend ausklammernde thematische Begrenzung, der friedliche Charakter der Aktionsformen und die große Unterstützung der Bewegung auch durch etablierte Gruppen und Organisationen. All dies sind keine exklusiven Kennzeichen von FFF, aber machen in dieser Kombination die Bewegung doch ziemlich einzigartig. Vermutlich kommt die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 1980er Jahre dem Profil von FFF am nächsten. Bewegungen der jüngeren Vergangenheit, darunter Occupy, Pulse of Europe und #unteilbar, entsprechen FFF immerhin zum Teil.

ERFOLGE, PROBLEME UND HERAUSFORDERUNGEN

Während der ersten neun Monate seiner Existenz hat sich der deutsche Ableger von FFF in erstaunlicher Weise entwickelt und gefestigt. Neben den routineförmigen Freitagsdemonstrationen hat die Bewegung mehrfach außerordentliche Anlässe geboten, um Massen zu mobilisieren und mediale Resonanz zu erzeugen. Dazu gehören die internationalen Aktionstage am 15. März und 20. September 2019, die Demonstrationen gegen die Internationale Automobil-Ausstellung in Frankfurt, der zweimalige Besuch Thunbergs in Deutschland, das Sommercamp in Dortmund und die auch von anderen Organisationen unterstützten Proteste (#allefürsklima) gegen den Braunkohleabbau im Großraum Köln-Aachen mit dem Hambacher Forst als einem Brennpunkt der Auseinandersetzung.

FFF hat die Mehrzahl der Herausforderungen bislang gut gemeistert. Die Bewegung blieb bei ihren Kernforderungen und hat der Versuchung widerstanden, ihr Themenspektrum weit zu öff-

nen. Damit kamen individuelle Motive und Ziele der Bewegung in hohem Maße zur Deckung. Anders als Occupy entwickelte FFF bald eine zumindest nach außen hin geräuscharm funktionierende Kommunikations- und Mobilisierungsstruktur, blieb offen und kooperativ gegenüber externen Unterstützerguppen, vor allem den etablierten Umweltverbänden, und erfuhr durch angelagerte Sympathisantengruppen (Parents/Scientists/Entrepreneurs/Artists/Doctors for Future) eine symbolische wie praktische Verstärkung. Zudem verstand es FFF, vereinzelte Anbieterungen von Trittbrettfahrern wie der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands abzublocken. Vertreter:innen von FFF agierten geschickt bei medialen Auftritten in Interviews und Talkshows. Vor allem aber bot FFF ein weithin überzeugendes Deutungsangebot (Framing)⁰⁹ mit seinen Kernelementen der Problematisierung einer Situation, der Identifikation von Verursachern beziehungsweise Schuldigen und der Benennung von notwendigen Schritten und konstruktiven Lösungsmöglichkeiten inklusive der Beschreibung der eigenen Rolle und Mission. Durch FFF wurde die Klimakrise zu einem Spitzenthema der Öffentlichkeit. Die etablierte Politik, allen voran die Bundeskanzlerin, zollte der Bewegung Respekt und begrüßte den durch FFF erzeugten Handlungsdruck. Inwieweit wirksame politische Entscheidungen folgen werden, bleibt abzuwarten. Die Beschlüsse des „Klimakabinetts“ vom September 2019 blieben weit hinter den Erwartungen zurück und könnten deshalb FFF weitere Schubkraft verleihen.

Trotz aller bisherigen Pluspunkte ist nicht sehr wahrscheinlich, dass der Höhenflug von FFF einfach fortgesetzt werden kann. Probleme und Herausforderungen zeichnen sich in mehrfacher Hinsicht ab: Bezogen auf seine Organisation und interne Verfassung wird FFF kaum umhinkommen, sein Stadium der Informalität und Improvisation ein Stück weit zu überwinden und sich stärker zu strukturieren. Dazu bedarf es mehr Transparenz über Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und Entscheidungen einzelner Personen und Gruppen, nicht zuletzt auch einer Rechtsform, die es erlaubt, finanzielle Transaktionen in eigener Regie und in eigenem Namen zu tätigen. Das muss, wie andere Bewegungen gezeigt haben, nicht in Vereinsmeierei münden. Aber solche Schritte wer-

⁰⁹ Vgl. dazu Dieter Rucht/Moritz Sommer, Fridays for Future, in: Internationale Politik 4/2019, S. 121–125.

den doch interne Spannungen erzeugen, wenn zum Beispiel Zielkonflikte zwischen schnellen und klaren Entscheidungen einerseits und basisdemokratischen Prinzipien andererseits anstehen.

Für jede über einen längeren Zeitraum existierende Bewegung stellt sich die Herausforderung, ihrer Veralltäglicung und Entzauberung entgegenzuwirken. Das Repertoire von Originalität und Kreativität ist begrenzt. Begeisterung und damit verbundene Opferbereitschaft sind nur für einen relativ kleinen Kreis auf Dauer zu stellen. Der hohe Zeit- und Energieeinsatz, den ein Kern von Basisaktivist:innen derzeit zu leisten bereit ist, kann schnell zu einem Burnout führen, den größere Organisationen durch eine professionalisierte und bezahlte Mitarbeit auffangen. Die jugendliche Trägerschaft von FFF hat auch eine Kehrseite: Jugendliche neigen zu Formen des situativen Engagements.¹⁰ Sie weisen instabile Interessenlagen auf, und hinzukommt, dass die Schule und damit verbundene Peergroups nur eine Durchgangsstation bilden.

Zu einem weiteren Problem kann sich auch die inhaltliche Ausrichtung entwickeln. Bisher erwies sich die Beschränkung der Themen und Forderungen von FFF auf ein – allerdings breites – Politikfeld als Vorteil, weil sie für ein klares Profil sorgte. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass die von der Klimakrise inspirierte Kritik allmählich von punktuellen Forderungen zu grundsätzlicheren Fragen führt: nach der Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Eliten, der Begrenzung marktwirtschaftlicher Dynamiken durch eine straffe Ordnungspolitik, der Reichweite und Akzeptanz von Verboten, schließlich auch der angeblichen Alternativlosigkeit eines kapitalistisch getriebenen Wirtschaftswachstums. Die Antworten auf derartige Fragen werden innerhalb von FFF unterschiedlich ausfallen. Sie können eine Quelle von Spannungen und Differenzierungsprozessen bilden, am Ende sogar zu Abspaltungen führen, wie es die Geschichte zahlreicher sozialer Bewegungen lehrt.

In enger Verbindung mit der Frage nach der inhaltlich begründeten Eingriffstiefe angestrebter gesellschaftlicher und politischer Zielsetzungen steht die Frage nach den angemessenen Strategien. Radikale Zielsetzungen sind häufig, aber

nicht zwangsläufig, mit der Wahl offensiver beziehungsweise radikaler Mittel des Protests verbunden – vor allem dann, wenn bei einer Festlegung auf harmlose Aktionsformen sichtbare Erfolge ausbleiben, zugleich aber Zeitdruck beschworen wird, dessen Missachtung irreversible globale Schäden nach sich ziehen würde. FFF wird sich also der Frage stellen müssen, ob es weiterhin auf Information, Aufklärung und regelkonforme Aktionen setzt und/oder zu offensiven Protestformen einschließlich zivilen Ungehorsams übergeht. Auch wenn entgegen manchen Behauptungen die Praxis des wohl verstandenen zivilen Ungehorsams keineswegs eine Vorstufe zur Protestgewalt darstellt, so markiert sie doch einen qualitativen Schritt, den viele nicht mitzugehen bereit sind, sei es aus prinzipieller Gesetzestreue, sei es aus Furcht vor Sanktionen. Die Existenz von klimapolitisch engagierten Gruppen, die zivilen Ungehorsam propagieren und praktizieren, wird sowohl einzelne Aktivist:innen als auch FFF als organisatorischen Verbund zu einer Positionierung nötigen, die kaum ohne Streit verlaufen dürfte. Die Hinwendung zu einer radikaleren Haltung, zuletzt sichtbar bei Thunbergs „Wutrede“ vor der New Yorker UN-Klimakonferenz, mag innerhalb von FFF begrüßt werden, hat aber aufgrund ihrer Tonlage zahlreiche kritische Kommentare provoziert.

Die Diagnose einer „Bewegung auf der Kippe“¹¹ erscheint vorschnell, aber es ist doch wahrscheinlich, dass sich die bisherige Flughöhe allmählich verringern wird. Dem Erfolgsrausch als Agenda-Setter folgen die Mühen alltäglicher Organisationsarbeit innerhalb und außerhalb von FFF. Zu rechnen ist mit einem sinkenden Erregungsgrad, einem nachlassenden medialen Interesse, kritischeren Selbst- und Fremdbildern, einer Zunahme interner Meinungsverschiedenheiten, einer Abkehr von vollmundigen Forderungen wie der nach einem „Generalstreik“. Auch wird sich der Mythos von der Politisierung einer ganzen Generation nicht halten können. All dies ändert nichts an dem Verdienst von FFF, die überfällige gesamtgesellschaftliche Politisierung der Klimafrage in die Wege geleitet zu haben. Ein baldiges Ende der Bewegung ist nicht in Sicht.

DIETER RUCHT

ist emeritierter Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und war bis 2011 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung tätig. dieter.rucht@wzb.eu

¹⁰ Vgl. Rainer Paris, *Moderne Protestmentalität und politisches Engagement*, in: *Leviathan* 3/1989, S. 322–336.

¹¹ Peter Grottian, *Bevor der Protest zur Staffage wird: Schmiedet endlich Bündnisse!*, 4. 9. 2019, www.fr.de/meinung/-12969702.html.